

metallnachrichten

» Eine Information für die Beschäftigten in Baden-Württemberg

www.bw.igm.de

Nr. 9 / 18. Oktober 2010



Chancengleichheit?
Bildung ist unser Rohstoff. Aber
von Chancengleichheit keine Spur
Seite 2



Studium
Studium nur bei dickem geld-
beutel? Wir sagen nein.
Seite 3

Kritik am Kahlschlag bei den Ausbildungszahlen

Arbeitgeber verspielen Zukunft

Überall wird über einen drohenden Fachkräftemangel lamentiert. Gleichzeitig droht eine ganze Generation unter die Räder kurzfristiger Unternehmensinteressen zu kommen. Trotzdem werden weiter die falschen Schlüsse gezogen und die Weichen nicht richtig gestellt. So werden die Chancen für die Menschen, aber auch für die Unternehmen, verspielt. Der Kurs stimmt nicht und muss korrigiert werden.

Ein tristes Bild bietet sich beim Blick auf den Ausbildungsmarkt: Nach einem moderaten Aufbau der Ausbildungsplätze bis 2008 wurden 2009 in Baden-Württemberg 6,8 Prozent der Ausbildungs-

plätze gestrichen. Auch 2010 ist die Zahl der Ausbildungsplätze weiter im Sinkflug. Das zeigt eine Umfrage der IG Metall in den Betrieben im Land. Alleine die Automobilhersteller und -zu-

lieferer reduzieren die Zahl ihrer Ausbildungsplätze um weitere 10 Prozent. Im Maschinenbau ist der Kahlschlag mit über 15 Prozent noch extremer.

Job. Leiharbeit und Gelegenheitsjobs im Niedriglohnssektor sind häufig die Zwangsalternative für viele Jugendliche.

Die IG Metall fordert deshalb die Arbeitgeber auf, die deutlich verbesserte wirtschaftliche Lage zu nutzen, um kurzfristig zusätzliche Ausbildungsplätze für die Nachversorgung anzubieten.

Zahl der Ausbildungsplätze im Sinkflug

Laut Umfrage ist das Angebot an Ausbildungsplätzen in den befragten Betrieben um 11,8 Prozent in diesem Jahr gesunken. Das sind über 1000 Ausbildungsplätze weniger. Eine brisante Entwicklung vor dem Hintergrund derzeit noch steigender Schulabgängerzahlen und eines drohenden Fachkräftemangels. Tausende Jugendliche befinden sich zudem in Warteschleifen. Mehr als ein Viertel der ausbildungsberechtigten Betriebe in Baden-Württemberg bildet nicht aus und gibt damit Jugendlichen keine Chance. Fakt ist aber: Jeder heute nicht bereit gestellte Ausbildungsplatz bedeutet eine fehlende Fachkraft ab 2014.

Bildungschancen hängen vom Elternhaus ab

Die junge Generation gerät unter die Räder kurzfristiger Unternehmensentscheidungen und fällt einem immer rigider werdenden Sparkurs bei Bildung und Ausbildung zum Opfer. Bildungschancen hängen immer mehr vom sozialen Status des Elternhauses ab. Das bedeutet aber eine Vorentscheidung über die tatsächlichen Bildungschancen und darüber, ob Perspektiven auf gute und sichere Arbeit bestehen.

Gelegenheitsjobs als Zwangsalternative

Ausbildungsplätze werden abgebaut, eine unbefristete Übernahme nach der Ausbildung zur Ausnahme erklärt. Jeder dritte Jugendliche hat keinen sicheren

Politik und Arbeitgeber sind in der Verantwortung für die Zukunft der jungen Generation. Sie sollten sie nicht leichtfertig verspielen, sondern müssen einen Kurswechsel für mehr Gerechtigkeit einleiten. Darum geht es diesen Herbst.

KURSWECHSEL FÜR EIN
GUTES LEBEN

**Azubi übernommen –
qualifizierte Fachkraft
gewonnen!**

13.11.
Schlossplatz
Stuttgart

Kurswechsel für ein
gutes Leben

IG Metall Baden-Württemberg
**STRATEGIE
ZUKUNFT**

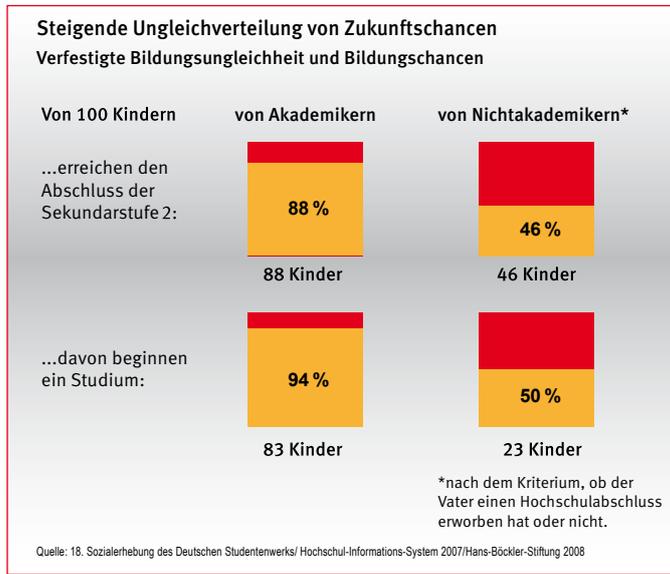
Von Chancengleichheit keine Spur

Chancengleichheit? Viel wird derzeit darüber geredet. Sie gilt als Voraussetzung für soziale Ausgewogenheit. Nur wenn alle die gleichen Chancen und den gleichen Zugang zu Bildung haben, haben sie auch die gleichen Chancen auf der beruflichen Karriereleiter. Einen Blick in die baden-württembergische Realität zeigt allerdings: Von Chancengleichheit keine Spur. Im Gegenteil.

Noch immer besteht kein Anspruch auf Ganztagesbetreuung für alle Kinder ab dem ersten Lebensjahr. Damit werden arbeitende Eltern massiv benachteiligt. Die Zusage, einen Rechtsanspruch für Kinder auf einen Krippenplatz durchzusetzen, droht an der Finanzknappheit der Kommunen zu scheitern.

Diskriminierendes Bildungssystem

Auch haben Kinder mit Migrationshintergrund keine vergleichbaren Chancen. Dies beginnt mit einer fehlenden individuellen Sprachförderung im vorschulischen Bereich. Zudem ist der Anteil der Schulabbrecher, die ohne Abschluss ins Leben starten, immer noch zu hoch. Diese im Bildungssystem beginnende Diskriminierung setzt sich in den beruflichen Chancen fort. Das Ergebnis der selektiven Schulpolitik in



Baden-Württemberg: Ein Kind aus einer Facharbeiterfamilie hat gegenüber einem Kind aus einer Akademikerfamilie nur ein Viertel der Chancen auf ein Gymnasium zu kommen.

Zuviel Stundenausfall an Berufsschulen

Die Mängel der schulischen Bildung setzen sich auch an den Berufsschulen fort. Dort herrscht ein chronischer Mangel an Lehrkräften und damit in dessen Folge Unterrichtsausfall. An einen Ausgleich der durch Krankheit und Weiterbildung der Lehrer ausfallenden Unterrichtsstunden ist nicht zu denken. Im Schuljahr 2008/2009 betrug der rechnerische Fehlstundenanteil an den beruflichen Schulen in Baden-Württemberg im

Durchschnitt 4,6 Prozent der Sollstunden. Besonders betroffen ist die gewerbliche Berufsausbildung.

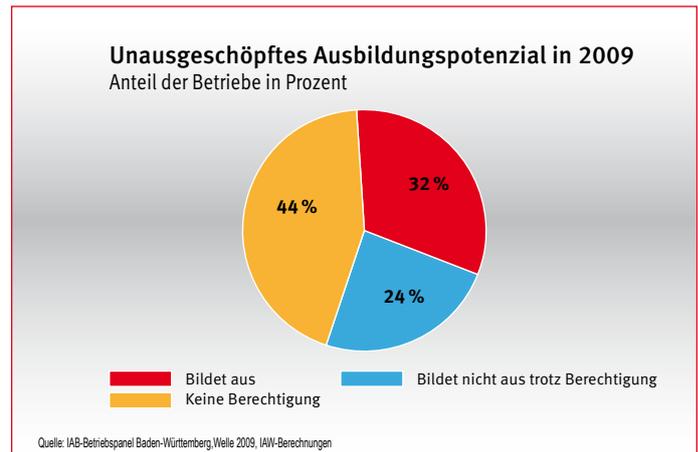
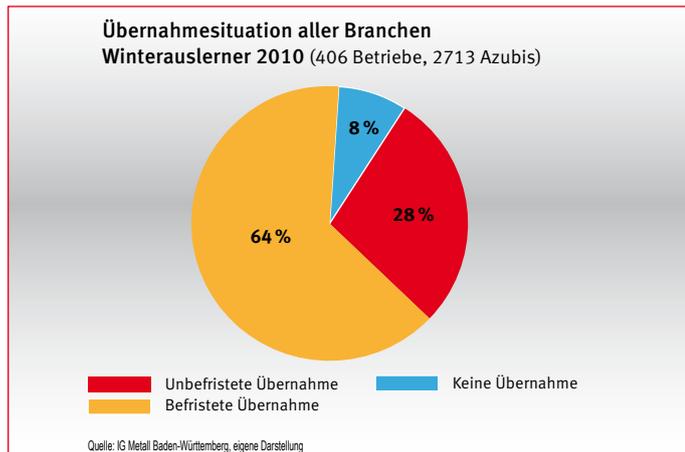
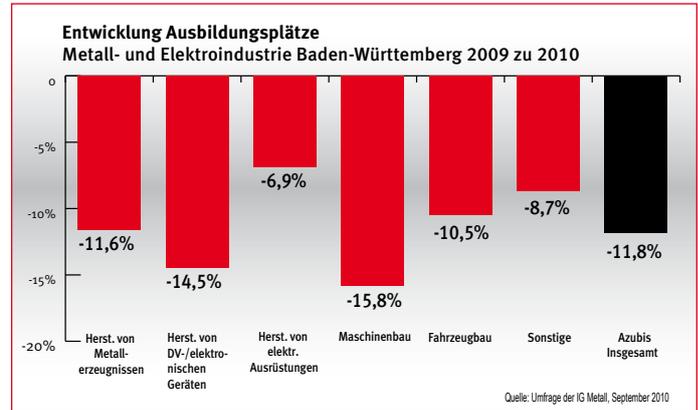
Soziale Selektion auch bei Studienchancen

Die soziale Selektion geht bei den Studienchancen weiter. Studiengebühren, nicht aus-

reichende BAföG-Sätze, die hohen Rückzahlungsverpflichtungen durch BAföG oder Studienkredite und der Druck, die Regelstudienzeiten einzuhalten, machen ein Studium der Kinder wieder zum Luxusgut der „besseren Schichten“. Während Kinder aus Beamten- und Selbständigenfamilien überproportional häufig ein Studium beginnen, schaffen es nur 17 Prozent der Kinder aus Arbeiterfamilien.

Bildung ist unser Rohstoff

Nicht Selektion, sondern möglichst langes gemeinsames Lernen und individuelle Förderung sind notwendig. Gute Bildung für alle ist der wichtigste Rohstoff unseres Landes. Wir sollten ihn pflegen und fördern. Er ist die stabile Grundlage für die soziale Integration. Wir brauchen verlässliche Ganztageschulen mit qualitativ guter Betreuung.





Unsere Forderungen

- Zusätzliche Investitionen in das Bildungssystem und ausreichend Ausbildungsplätze.
- Eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie.
- Anspruch auf eine qualifizierte Ausbildung. Wer nicht ausbildet muss zahlen!
- Unbefristete Übernahme nach der Ausbildung.
- Massiver Ausbau individueller Betreuung und Förderung.
- Anspruch auf für alle bezahlbare Ganztagesbetreuung durch qualifiziertes Personal.
- Sicherstellung der Unterrichtsstunden an den beruflichen Schulen.
- Weg mit den Studiengebühren und eine deutliche Erhöhung der Bafög-Sätze!

Studium nur wenn der Geldbeutel der Eltern dick genug ist? Das kann es nicht sein!

Absurde Studienbedingungen

Das Studierendenleben sei unbeschwert und die schönste Zeit des Lebens, heißt es. Für viele Studierende aus Arbeiterfamilien jedoch beginnt mit dem Studium eine mit Existenzängsten behaftete Phase.

Sophie N.* sitzt auf einer Holzbank beim Spielplatz des alten Botanischen Gartens in Tübingen. Um sie herum toben über drei Dutzend Kinder. Sie hat ein bräunliches, etwas zerbeultes Fahrrad neben sich an die Bank gelehnt und gießt aus einer Thermoskanne schwarzen Kaffee ein. »Die beiden Jungs dort

hinten, das sind meine«, grinst sie und ergänzt: »Ich betreue als Babysitter drei Familien mit insgesamt sieben Schlawinern. Für Prüfungsvorbereitungen bleibt wenig Zeit.«

Vier Nebenjobs, um das Studium zu finanzieren

Viel Energie hingegen muss die Psychologiestudentin auf ihre vier Nebenjobs verwenden: Sie ist zusätzlich noch als Promotionkraft tätig. Doch das Geld reicht immer noch nicht aus: »Meine Eltern können mir im Monat nicht mehr als 500 Euro überweisen. Dafür bin ich sehr

dankbar, aber bei den Mietpreisen bleiben mir dann gerade noch 250 Euro zum Leben. Daher suche ich noch einen Job als Barkraft.« Von Staatswegen hat Sophie, bis auf die Forderung nach Studiengebühren, auch nicht viel zu erwarten, da ihre Eltern – beide berufstätig – mit ihrem Einkommen knapp über der Grenze für die Bewilligung der Bafög-Förderung liegen. Sophie kratzt mit dem Fingernagel am Aluminiumrand ihrer Kaffeetasse und erklärt: »Das ist alles ziemlich absurd: Einerseits fordert der Staat von mir 500 Euro pro Semester, damit sich meine Studienbedingungen verbessern. Andererseits verweigert er mir mit dem Bafög die Unterstützung, die ich für meine Lernzeiten dringend nötig hätte.«

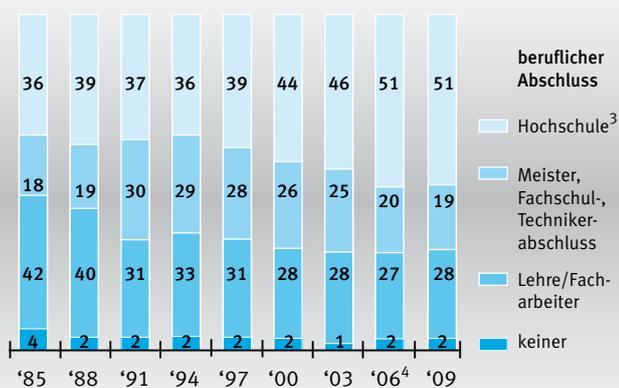
kommen Studiengebühren von 600 Euro, inklusive universitärer Verwaltungskosten pro Semester, womit ein Studium in noch weitere Ferne rückt. Sophie hat es gewagt, arbeitet jedoch bis zu drei Tage in der Woche. Das schlägt sich in ihrer Studiengeschwindigkeit nieder: »Ich bin im zehnten Semester. Im Vergleich zu meinen Kommilitonen hinke ich mit meinem Studium über ein Jahr hinterher.«

Hochschulbildung muss für alle möglich sein

Damit die Zukunftsperspektiven von Studierenden aus Arbeiterfamilien mit denen von Akademikerkindern auf dem Arbeitsmarkt konkurrieren können, fordert die IG Metall die Abschaffung unsozialer und elitenfreundlicher Studiengebühren, sowie eine deutliche Erhöhung bzw. Neuberechnung der Bafög-Sätze: Damit akademische Bildung allen gesellschaftlichen Schichten – und eben nicht nur jenen, die es sich leisten können – zur Verfügung gestellt wird.

*Name von der Redaktion geändert

Höchster beruflicher Abschluss der Eltern von Studierenden 1985-2009¹ in %²



¹ ab 1991 einschl. neue Länder

Quelle: DSW/HIS 19. Sozialerhebung

² Rundungsdifferenzen möglich

³ 1985 und 1988, einschl. Ingenieurschule und Handelsakademie (Vorläufer der Fachhochschulen)

⁴ ab 2006, einschl. studierende Bildungsinländer/innen

Studiengebühren sind ungerecht

Solche Umstände führten noch 2009 zu der Tatsache, dass im gesamtdeutschen Vergleich unter 100 Erstsemestern gerade einmal 23 Nichtakademikerkinder vorzufinden waren. Viel zu oft liegen die Einkommen der Eltern nur knapp über der Bemessungsgrenze für Bafög, so dass die Kinder leer ausgehen. Der Wille, ein Studium aufzunehmen, wird so oftmals schon im Keim erstickt. Hinzu

13.11.
Schlossplatz
Stuttgart

**Kurswechsel für ein
gutes Leben**

Zeitplan für den 13. November:

- 10 - 11.30 Uhr** Ankunft der Busse und Sonderzüge
*Treffpunkt Ankommende mit Sonderzügen und/oder ÖPNV
ab 10.30 Uhr in der Lautenschlagerstraße
(Nähe Bahnhof).
Ab 11.15 Uhr Kurzdemo zum Schlossplatz*
- 12 Uhr** Kundgebungsbeginn Schlossplatz Stuttgart
Redner: Berthold Huber, IG Metall Vorsitzender,
Nikolaus Landgraf, DGB Landesvorsitzender
sowie
VertreterInnen von Kirchen, Elternvertretungen
und Jugend.
- 14 Uhr** Ende

Beitrittserklärung

Gemeinsam stark.



Name	Vorname	Geburtsdatum	Geschlecht M/W
<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
Land	PLZ	Wohnort	Telefon
<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
Straße	Hausnummer	E-Mail	
<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	
beschäftigt bei	Tätigkeit/Beruf/Ausbildung/Studium	<input type="checkbox"/> Vollzeit	<input type="checkbox"/> Teilzeit
<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Bruttoeinkommen in Euro	Bankleitzahl	Bank/Zweigstelle	Konto-Nummer
<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
Beitrag	Kontoinhaber/in/Fremdzahler/in	Eintritt ab	
<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	

Ich bestätige die Angaben zu meiner Person, die ich der IG Metall zum Zwecke der Datenerfassung im Zusammenhang mit meinem Beitritt zur Verfügung stelle. Ich bin darüber informiert, dass die IG Metall zur Erfüllung ihrer satzungsgemäßen Aufgaben und unter Beachtung der datenschutzrechtlichen Vorschriften personenbezogene Angaben über mich mit Hilfe von Computern verarbeitet. Eine Weitergabe der Daten zu Marketingzwecken findet nicht statt.

Einzugsermächtigung:

Hiermit ermächtige ich widerruflich die IG Metall, den jeweils von mir nach § 5 der Satzung zu entrichtenden Mitgliedsbeitrag von 1% des monatlichen Bruttoverdienstes bei Fälligkeit zu Lasten meines angegebenen Girokontos einzuziehen.

Diese Einzugsermächtigung kann ich nur schriftlich mit einer Frist von sechs Wochen zum Quartalsende gegenüber der IG Metall widerrufen. Änderungen meiner Daten werde ich unverzüglich der IG Metall mitteilen.

Ort / Datum / Unterschrift